

**THORSTEN FREI (CDU)**

# „Die harte Machtpolitik ist zurück“

Der Kanzleramtschef spricht über Sicherheitsfragen, Wohlstand und die schwarz-rote Koalition zwischen Welt- und Bundespolitik.

KERSTIN MÜNSTERMANN  
FÜHRTE DAS GESPRÄCH.

*Herr Frei, die Münchner Sicherheitskonferenz ist eine Konferenz der Superlative. Macht denn so ein Format Sinn in dieser Zeit?*

**FREI** Absolut. Es gibt keinen anderen Ort, an dem so viele Staats- und Regierungschefs, Außenminister, Verteidigungsminister und Nachrichtendienstchefs zusammenkommen und sich persönlich treffen. Es ist ungemein wichtig, die unterschiedlichen Sichtweisen ganz direkt auszutauschen. Dafür bietet die MSC die perfekte Plattform.

*Ist es ein Vorteil, dass die MSC kein striktes Format ist, etwa wie die G20? Oder sollte es eine Art Erklärung geben?*

**FREI** Die eher formlose, spontane Begegnung prägt den einzigartigen Charakter dieser Konferenz. Es hat etwas von einer Werkstatt, in der man ungeschminkt aufeinandertrifft. Manche sprechen gar von einem „Speeddating“. Eine Schlussklärung würde diesen Gedankenaustausch unnötig einschränken.

*Der Kanzler hat in diesem Jahr die Sicherheitskonferenz mit einer Rede eröffnet. Glauben Sie, dass neues europäisches Selbstbewusstsein und die ausgestreckte Hand an die Amerikaner nebeneinander funktionieren kann?*

**FREI** Ja, der Kanzler hat gleich zum Auftakt den Ton gesetzt und klar skizziert, dass wir unsere Hausaufgaben machen müssen: Militärisch, politisch, technologisch und wirtschaftlich. Wir müssen enger und besser in Europa zusammenarbeiten, um ein relevanter Player zu sein. Der Kanzler hat das bewusst selbstkritisch formuliert. In Zukunft muss unser Land seine Potenziale besser nutzen. Wir müssen ein glaubwürdiger, ein leistungsfähiger Partner werden für unsere europäischen und transatlantischen Freunde. Gerade auch auf dieser Konferenz

ist einmal mehr deutlich geworden, dass der Wille, neue Wege zu gehen, vorhanden ist.

*Sie glauben also an die Zukunft des transatlantischen Verhältnisses. Wie bewerten Sie die Rede von US-Außenminister Marco Rubio in München?*

**FREI** Ja, das glaube ich, zumal wir wesentliche Weichen bereits gestellt haben. Natürlich besitzen wir als drittgrößte Volkswirtschaft im Verbund mit unseren europäischen Freunden die Möglichkeiten und Fähigkeiten, eine Partnerschaft auf Augenhöhe aufzubauen. Und genau darum hat der US-Außenminister eindringlich geworben. Die transatlantischen Beziehungen mögen sich wandeln, aber sie bleiben eng und vielseitig.

*Europa wird sehr oft erwähnt, die EU als Institution immer weniger. Oder täusche ich mich?*

**FREI** Nun, gerade in Sicherheitsfragen spielen die Nationalstaaten eine zentrale Rolle. Und man muss auch aufpassen, dass man in so turbulenten Zeiten nicht zu viele Debatten über die Strukturen führt. Friedrich Merz hat nach der Regierungsübernahme den schnellen und intensiven Kontakt zu Frankreich und Polen gesucht, auch zu Italien und dem Vereinigten Königreich. Denn für eine glaubwürdige europäische Sicherheitsarchitektur braucht es auch die Briten.

*Wie kann die Regierung Bürgern eigentlich noch Sicherheit vermitteln, im „Zeitalter der Großmächte“?*

**FREI** Seit 80 Jahre leben wir in Frieden, Freiheit und Wohlstand. Seit drei Generationen können wir etwas aufbauen. Das ist ganz wunderbar und ein Sonderfall der Geschichte, den es so in früheren Zeiten wohl nicht gegeben hat. Leider steht das alles jetzt auf dem Spiel. Anders als vor 25 Jahren wird heute niemand sagen: Wir sind nur von Freunden

umgeben. Nein, die harte Machtpolitik kehrt zurück. Und sie hat das bedrückende Potenzial, das persönliche Leben von uns allen zu beeinträchtigen. Da geht es um Krieg und Frieden. Und es geht auch darum, ob wir Verhältnisse haben, die Wohlstand für jeden Einzelnen von uns ermöglichen oder nicht.

*Mit Ihnen sitzt mir ja der Beauftragte für die Nachrichtendienste gegenüber. Inwieweit spielen die Dienste in den Sicherheitsbegriff mit hinein?*

**FREI** Der BND steht als Auslandsnachrichtendienst ebenso wie die Bundeswehr für unsere Sicherheit. Wir sind derzeit dabei, nicht nur die finanzielle und personelle Ausstattung der Nachrichtendienste zu verbessern, sondern vor allen Dingen technologisch nachzulegen. Das fängt bei der Nutzung von KI an, etwa, wenn es darum geht, eine Vielzahl von Informationen auszuwerten und nutzbar zu machen. Da geht es unter anderem um Speicherfristen, die dafür notwendig sind. Es geht aber auch darum, dass wir in einer veränderten Welt operative Fähigkeiten besitzen. Ein Beispiel:

Wir sollten in der Lage sein, die Fertigung von Drohnen oder anderen Waffensystemen, die gegen uns oder befreundete Länder zum Einsatz kommen sollen, zu stören. Das heißt: Um unser Land zu schützen, müssen wir im Zweifelsfall zur Sabotage fähig sein. Und um in so einer Situation handeln zu können, müssen wir zügig das entsprechende Gesetz ändern. Das steht in diesem Jahr auf der Agenda.

*Sehen Sie denn da die Bereitschaft in der Koalition, an einem Strang zu ziehen?*

**FREI** Natürlich gibt es unterschiedliche Vorstellungen im politischen Betrieb. Aber ich sehe, dass sich in den Parteien, ähnlich wie in der Bevölkerung, das Bewusstsein über die Notwendigkeit wandelt. Wir sind ja alle Zeugen dieser Veränderung.

Diese Welt ist gefährlich, und wir sollten unsere Position selbstbewusst vertreten. Ich bin sehr zuversichtlich, dass uns das gemeinsam gelingt.

*Schaffen wir es denn, etwa auf die Unterstützung der Amerikaner in diesem Feld zu verzichten?*

**FREI** Um es klar zu sagen: Die Zusammenarbeit mit den Amerikanern wollen wir überhaupt nicht einschränken. Das Gegenteil ist richtig. Fakt ist aber auch: Unter den Nachrichtendiensten gibt es eine besonders belastbare Währung, und das ist die valide gegenseitige Information. Viele terroristische Anschläge sind in den vergangenen Jahren durch Hinweise ausländischer Dienste verhindert worden. Und da kann man umgekehrt sicher sein, dass es diese Hinweise nicht gegeben hätte, wenn unsere Nachrichtendienste nicht auch in der Lage wären, wertvolle Informationen an Partnerdienste zu geben. Auch dieser Grundgedanke der Kooperationsfähigkeit muss uns bei der Novelle des BND-Gesetzes leiten.

*Die Außenpolitik überlagert gerade die Innenpolitik. Aber muss die Regierung nicht dieses Jahr noch viel liefern? Wann beginnt das?*

**FREI** Außen- und Innenpolitik sind eng miteinander verzahnt. Wir dür-

fen nicht vergessen, dass wir die Hälfte unseres Wohlstandes außerhalb der Landesgrenzen verdienen.

Das darf aber nicht davon ablenken, dass wir jede Menge Hausaufgaben in Deutschland selbst zu erledigen haben.

*Was meinen Sie genau?*

**FREI** Wir setzen uns in der Bundesregierung intensiv mit der Frage auseinander, warum unsere Volkswirtschaft seit sechs Jahren stagniert und andere Volkswirtschaften in Europa wachsen. Ganz oben auf unserer Agenda steht daher die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Zu den zentralen Aufgaben zählt es, Strom und Energie günstiger zu machen. Auch muss das Steuersystem bessere Leistungsanreize setzen. Und wir müssen uns mit der Frage beschäftigen, wie wir die Arbeitskosten in den Griff bekommen, weil wir möglicherweise nicht mehr so viel besser, aber teurer sind als andere. Das heißt auf deutsch: Es muss ein Ende haben mit der übertriebenen Reglementierung. Das bindet Kräfte und bringt uns nicht voran.

*Und wann lösen Sie diese Fragen?*

**FREI** Wir haben bereits begonnen, wenn Sie an die Stromsteuer, die Körperschaftsteuer, die Nettzentgelte oder den Bürokratieabbau denken, um nur einige zu nennen.

Die Taktrate, in der diese Koalition Entscheidungen trifft, kann sich sehen lassen.

*Der CDU-Parteitag steht vor der Tür. Welches Signal muss davon ausgehen, auch für die Regierung?*

**FREI** Von Stuttgart wird eine klare Botschaft ausgehen: Mit unserem Angebot für wirtschaftliche Erneuerung, Sicherheit und Ordnung machen wir unser Land fit für die Zukunft. Gerade in dieser krisenhaften Zeit zeigen wir Führung und Verlässlichkeit. Vor knapp einem Jahr haben wir uns auf den Weg gemacht, die Weichen für unser Land neu zu stellen. Die Migration wurde begrenzt und geordnet und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert. Der Anfang ist gemacht, jetzt heißt es Kurs halten und Tempo aufnehmen.

*Das Thema Social-Media-Verbot für Jugendliche wird in den Parteien der Koalition diskutiert. Muss es aus Ihrer Sicht kommen?*

**FREI** Das Thema treibt uns um. Wir müssen eine gesunde Balance finden, um auf der einen Seite Heranwachsende vor Hass, Desinformation und psychischen Belastungen zu schützen und ihnen auf der anderen Seite die Möglichkeit bieten, die Medienkompetenz zu stärken und digitale Chancen zu nutzen.